

A photograph of Cem Özdemir, the German Minister of Agriculture and Food, standing in a green field with several brown cows grazing in the background. He is wearing a light blue button-down shirt, dark trousers, and glasses, with his hands on his hips.

Cem Özdemir ist Bundesminister für  
Ernährung und Landwirtschaft.  
Foto: BMEL/photothek

# „Schützen und Nützen“

**Die Ampelkoalition regiert seit einem Jahr. Seither haben sich viele Gewissheiten aufgelöst. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und die anhaltenden Auswirkungen der Coronakrise bedeuten eine Zeitenwende für Europa – mit erheblichen Auswirkungen für Landwirtschaft und Ernährung. Hinzu kommt die bleibende Herausforderung durch den fortschreitenden Klimawandel. Ist die Regierungspolitik in Berlin und Brüssel fit für die Zeitenwende? Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir gibt im dbk-Interview Antworten.**

Die Zeitenwende hat die Versorgungs- bzw. Ernährungssicherung wieder in den Fokus gerückt. Eine entscheidende Rolle spielt dabei die Düngung. Wie kann die Verfügbarkeit und Bezahlbarkeit von Düngemitteln sichergestellt werden?

**Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir:** Putin benutzt Hunger als Waffe, aber er hat den Hunger in der Welt nicht erfunden. Der war auch schon vorher da. Heute sehen wir deutlicher als zuvor, dass der Hunger dort besonders groß ist, wo Klimakrise und Artensterben bereits mit aller Gewalt zuschlagen. Ich warne deshalb davor, die globale Ernährungssicherheit darauf zu reduzieren, ob bei uns Düngemittel ausreichend und bezahlbar vorhanden sind. In Deutschland leiden wir keinen Hunger. Was die globale Ernährungssicherung betrifft, sind die Fachleute sich klar: Einerseits braucht es Hilfe zur Selbsthilfe in betroffenen Ländern. Niemandem ist dort geholfen, wenn die Abhängigkeit von europäischem oder amerikanischem Weizen verstärkt wird. Andererseits dürfen wir bei Klima- und Artenschutz nicht nachlassen und müssen die Ernäh-

rungs- und Agrarsysteme global gesehen nachhaltiger aufstellen. Ihre Frage nach dem Dünger ist hier ein gutes Beispiel, denn sie ist eine nach Mittel und Zweck. Der Zweck von Dünger ist es, die Pflanzen ausreichend mit Nahrung zu versorgen. Bei der Frage nach dem Mittel lohnt es sich zu schauen, wie das gelingt und gleichzeitig vermieden werden kann, dass zu viel Stickstoff in Böden und Gewässern landet – mit den bekannten Folgen. Viele Landwirtinnen und Landwirte, die ich dieses Jahr besucht habe, bedienen sich eines großen Repertoires: Sie halten den Boden gesund und fruchtbar, indem sie auf weit gestellte Fruchtfolgen setzen oder stärker organisch düngen. Damit sind die Höfe weniger vom Kauf von mineralischem Dünger, der russisches Gas für die Herstellung braucht, und den volatilen Preisen abhängig. Was die akute krisenhafte Situation angeht, haben wir den Betrieben mit unseren Hilfspaketen schnell, pragmatisch und vor allem unbürokratisch unter die Arme gegriffen. Die Folgen von Putins Krieg werden wir aber leider nicht ganz ungeschehen machen können, das gehört zur Wahrheit dazu.

Wie passt ein von der EU-Kommission vorgeschlagenes pauschales Reduktionsziel für Pflanzenschutzmittel in diese Zeit?

**Özdemir:** In diese Zeit passt, was für eine zukunftsfeste Landwirtschaft und stabile Ernten sorgt. Dafür ist es notwendig, sorgsamer mit Ressourcen umzugehen. Einen Rahmen setzt sich Europa mit der Farm-to-Fork-Strategie, in der das von Ihnen genannte Reduktionsziel verankert ist und zu dem ich wie meine Amtskolleginnen und -kollegen aus anderen Mitgliedstaaten stehe. Wir diskutieren jetzt mit Brüssel, wie das Reduktionsziel umgesetzt wird. Es kann jedenfalls nicht sein, dass etwa die bisherigen Bemühungen außer Acht gelassen oder etwa Landschafts-

schutzgebiete, die es in anderen Mitgliedstaaten gar nicht gibt, für Deutschland zum Wettbewerbsnachteil werden. Ich kann da aber nicht oft genug betonen: Auch vor dem Hintergrund des verbrecherischen Krieges gegen die Ukraine dürfen wir die Bewältigung der weiteren Krisen wie die Klima- und Biodiversitätskrise nicht vernachlässigen. Sie bedrohen unsere natürlichen Lebensgrundlagen und damit auch die Grundlage für unsere Landwirtschaft. Ich habe das diesen Sommer in verschiedenen Regionen in Deutschland deutlich gesehen. Als ich Bauernpräsident Rukwied besucht habe, konnte ich meinen kompletten Unterarm in seinem Acker versenken, der von der Trockenheit und Hitze weit aufgerissen war.

**Die Diskussion über die Flächenstilllegung hat für viel Unruhe in der Landwirtschaft gesorgt. Werden wir diese Diskussion in einem Jahr noch einmal führen?**

**Özdemir:** Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und Putins perfides Spiel mit dem Hunger hat die Getreidemärkte durchgeschüttelt. Die Folgen haben zuallererst die Ärmsten auf der Welt zu spüren bekommen, als die Weizenpreise in den Himmel schossen. Unser Kompromiss im Sommer war – auch wenn es mir nicht leichtfiel – die richtige Reaktion, um die Märkte zu beruhigen, ohne die Uhr beim Artenschutz zurückzudrehen: vorhandene Artenschutzflächen bleiben geschützt, zusätzliche führen wir erst 2024 ein. Diese Ausnahme gilt ausdrücklich nur für 2023. Die Flächenstilllegung ist ja kein Faustpfand, um jedes Jahr neue Ausnahmen durchzudrücken. Sie ist verpflichtend – und zwar aus gutem Grund: Der Schwund der Biodiversität ist einfach zu dramatisch. Außerdem spricht vieles dafür, dass die Anbauflächen global gesehen wegen der gestiegenen Weizenpreise im kommenden Jahr ausgedehnt werden.

**Im November hat die Weltklimakonferenz COP27 stattgefunden. Wie werden Sie die akuten Themen – Anpassung an Klimaextreme, Emissionsminderung, Kohlenstoffspeicherung – angehen?**

**Özdemir:** Ob Tierhaltung, Ackerbau oder Forstwirtschaft – die von Ihnen genannten Themen spielen bei jeder meiner Amtshandlungen eine zentrale Rolle. Nach dem Motto „Schützen und Nützen“ unterstützen wir Betriebe dabei, klimafreundlicher zu wirtschaften, indem wir Stück für Stück investieren, ob es nun der Stallumbau ist, die Öko-Prämie, die Wiedervernässung von Moorflächen oder der Waldumbau. Klimaschutz gibt es nicht zum Nulltarif – und die Landwirtinnen und Landwirte dürfen am Ende nicht allein auf den Kosten sitzen bleiben.

**Mit dem Borchert-Plan gibt es einen weithin akzeptierten Konsens für den Umbau der Tierhaltung. Was können die Tierhalter hier erwarten, und vor allem, wann soll der Umbau starten?**

**Özdemir:** Die deutsche Tierhaltung zukunftsfest zu machen, das ist ein Großprojekt, in das ich sehr viel Zeit investiere. Letzte Legislatur waren die Rahmenbedingungen wahrlich besser: eine solide Haushaltslage, keine Inflation, dazu der breite gesellschaftliche Konsens! Nur hat es dann am Umsetzungswillen gefehlt. Auch wenn es jetzt ungleich schwerer ist: Wir setzen das nun um! Wichtig ist aber, dass geänderte Umstände berücksichtigt werden: Die Menschen essen immer weniger Fleisch und wollen mehr Tier- und Klimaschutz verankert wissen. Gleichzeitig sind wichtige Absatzmärkte – Stichwort: China – weggebrochen. Zusammengefasst geht es also darum, weniger Tiere besser zu halten und Betriebe dabei zu unterstützen. Dreh- und Angelpunkt ist die staatliche, verbindliche Tierhaltungskennzeichnung. Wir beginnen mit Schweinefleisch – und wenn das von Brüssel abgesegnet ist, habe ich die Blaupause, um weitere Tierarten, Vertriebswege und Verarbeitungsformen einzubeziehen. Kabinett und Bundesrat haben bereits zugestimmt, jetzt gehen die Beratungen im Bundestag los. Mit der Kennzeichnung haben Verbraucherinnen und Verbraucher erstmals eine echte Wahl für mehr Tierwohl. Gleichzeitig werden wir die Leistungen von Landwirtinnen und Landwirten für eine artgerechtere Tierhaltung fördern. Dafür will ich ein Bundesprogramm mit bis zu 10 Jahren Laufzeit aufsetzen, mit dem wir nicht nur Umbaumaßnahmen für mehr Platz fördern, sondern auch bei den laufenden Kosten für eine bessere Haltung unterstützen. Das war nicht einfach, aber am Ende ist das ein großer Ampel-Erfolg und schafft finanzielle Planungssicherheit für die tierhaltenden Betriebe. Die nötigen gesetzlichen Änderungen, damit Stallumbauten überhaupt erst möglich sind, befinden sich aktuell in der Abstimmung zwischen den Ministerien. Sie sehen, wir sind hier auf vielen Baustellen gleichzeitig unterwegs.

**Wie werden Sie die Finanzierung mit zusätzlichen Geldern langfristig sichern?**

**Özdemir:** Ich habe im Haushalt zunächst einmal eine Milliarde als Startfinanzierung gesichert, um mit der Schweinemast zu beginnen. Und der Handel hat mir zugesichert, dass sie die zweite Stufe – also Stall plus Platz – finanzieren. Um weitere Tierarten aufzunehmen, haben wir in der Koalition eine Arbeitsgruppe vereinbart, die im März 2023 Vorschläge für eine langfristige Finanzierung präsentieren soll. Dabei soll auf die Empfehlungen der Borchert-Kommission zurückgegriffen werden. Diese hat ja schon mal alle Finanzmodelle durchgeprüft, wir fangen also nicht bei null an. Die Koalition muss sich nun entscheiden, welches dieser Modelle sie bevorzugt. Eines kann ich Ihnen aber schon mal sagen: Ich werde genau darauf achten, dass die Landwirtinnen und Landwirte auf Augenhöhe dastehen. Ein Modell, das sagt, der Handel soll das mit den Bauern klären, und der Staat schaut zu, ist nicht fair und mit mir nicht zu machen. Wenn Bäuerinnen und Bauern öffentliche Leistungen erbringen, dann müssen der Staat und damit die Gesellschaft Vertragspartner sein.

**Interview: Dr. Anni Neu**